

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Klaus-Peter Willsch
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach

Anlage 6
JN 27/3

27. März 2019

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Willsch,
die unterzeichnenden Kreistagsfraktionen bitten Sie, den nachstehenden Antrag dem
Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**Antrag zu KT-TOP III.9: Alternativ-Trasse Mittelrheintal und Lärmschutz-
Maßnahmen**

1. Der Kreistag hält es für nicht akzeptabel, dass eine alternative Güterverkehrsstrecke nicht in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgenommen wurde und fordert den Kreisausschuss auf, sich für eine alternative Güterverkehrsstrecke zur Entlastung des Mittelrheintals einzusetzen und dies mit Nachdruck auf allen politischen Ebenen weiter voranzutreiben.
2. Der Kreistag schließt sich dem Beschluss des Landtages Rheinland-Pfalz betreffend „Mittelrheintal von Lärm entlasten, alternative Güterverkehrsstrecke realisieren, Lärmschutzmaßnahmen voranbringen“, Drucksache 17/8377 vom 21. Februar 2019 vollumfänglich an und macht sich die darin enthaltenen Forderungen auch in Bezug auf die Hessische Landesregierung und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu eigen.
3. Der Kreistag begrüßt, dass sich die hessische Landesregierung weiterhin für die Entlastung der vom Schienenlärm betroffenen Bevölkerung insbesondere im hiesigen Mittelrheintal zum Ziel gesetzt hat, vor allem auch die Ansicht, dass für Neu- und Bestandsstrecken die modernsten und effizientesten Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung der Schienenwege in Deutschland umzusetzen sind, das bundesweit verbindliche Grenzwerte vorsieht. Der Kreisausschuss wird gebeten, sich weiterhin für ein Gesamtkonzept zum Schutz vor Bahnlärm mit den bundesweit verbindlichen Grenzwerten einzusetzen, die auch für bestehende Verkehrswege gelten sollten.
4. Der Kreistag bittet die hessische Landesregierung, auf Bundesebene sowie gegenüber der Deutschen Bahn AG, auf konsequente Umsetzung und Einhaltung des bereits 2017 verabschiedeten Schienenlärmschutzgesetzes ab 2020 zu dringen, welches das Verbot lauter Güterwaggons im deutschen Schienennetz beinhaltet und damit eine weitere kurzfristige Maßnahme zur Reduzierung des Schienenlärms ist.
5. Der Kreistag stellt fest, dass bereits seit dem Fahrplanwechsel 2012/2013 laute Züge einen höheren Trassenpreis zahlen als leise Züge und damit ebenso kurzfristige Anreize geschaffen wurden, dass Mittelrheintal und seine Anwohner zu entlasten. Der Kreistag

bittet den Kreisausschuss, sich weiter für eine stetige Steigerung der Aufschlagspreise einzusetzen.

6. Der Kreistag begrüßt den Vorschlag der Landesregierung, die Hersteller von Schienenfahrzeugen dazu aufzurufen, schnellstmögliche technische Lösungen weiterzuentwickeln, um bei nicht-elektrifizierten Strecken neue SPNV-Fahrzeuge mit serienreifen alternativen Antriebssystemen anbieten zu können.
7. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss sich auf Landesebene für weitere kurzfristige Schallschutzmaßnahmen einzusetzen, bspw. Schallschutzwänden, Einbau von Schienenstegdämpfern sowie Lärmsanierungen am Gleis, um schnellstmöglich die Anwohner zu entlasten und gleichzeitig eine langfristig und nachhaltig tragbare Situation im Zuge einer alternativen Güterverkehrstrassenführung weiter anzustreben.
8. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung und den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur auf, sich dafür einzusetzen, dass die alternative Güterverkehrsstrecke Troisdorf-Mainz-Bischofsheim zur Entlastung des Rheintals realisiert und die seit langem angekündigte Machbarkeitsstudie so bald als möglich in Auftrag gegeben wird. Dazu ist es erforderlich, folgende Veränderungen gegenüber den Bewertungen der Güterverkehrsstrecke im Bundesverkehrswegeplan 2030 vorzunehmen:
 - a) Die Verflechtungsprognose 2030 über die erwarteten Zügeleistungen wird ersetzt durch die Anzahl der Züge, die nach der Kapazität der Güterverkehrsstrecke im realen Fahrbetrieb möglich sind.
 - b) Die Wertansätze zur Bewertung von Geräuschbelastungen in der Nutzen-Kosten-Untersuchung werden deutlich erhöht.
 - c) Es wird eine separate Nutzenkomponente „Beiträge zur Förderung internationaler Beziehungen“ eingeführt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



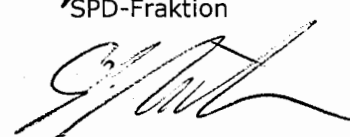
André Stolz
CDU-Fraktion



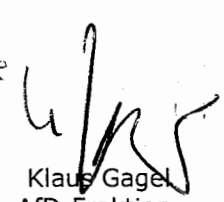
Günter Linke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Georg Mahr
SPD-Fraktion



Stefan Müller
FDP-Fraktion



Klaus Gagel
AfD-Fraktion



Inga Rossow
FWG-Fraktion